

Interview mit Thomas Goppel, bayerischer Staatsminister für Bundes- und Europaangelegenheiten

Kommt der ECU erst nach dem Jahr 2000? Welche Rolle haben die Kirchen im Maastricht-Prozeß? Ist der Islam EG-fähig?

„Wir brauchen eine Grenzziehung“

RHEINISCHER MERKUR: Die Zustimmung zur EG geht zurück. In Frankreich stehen die Zeichen auf Sturm. Verfolgen die Eurokraten eine Europaideologie, deren Fundament brüchig geworden ist?

THOMAS GOPPEL: Das glaube ich nicht. Das Fundament, auf dem die europäische Idee gründet, hat in den letzten Jahrzehnten viele Stürme überstanden. Zum ersten Mal in der neueren Entwicklung existiert die Bereitschaft eines ganzen Blocks von zwölf Staaten, wirklich zusammenzuhalten. Viele andere haben den Antrag gestellt, sich anschließen zu dürfen. Angesichts der Geschichte, die die Einzelstaaten hinter sich haben, können wir allerdings nicht erwarten, daß sie ihre historische, traditionelle und kulturelle Identität widerstandslos aufgeben. Auch vielen Bürgern geht es zu schnell. Sie fühlen sich zu wenig informiert oder – das ist eher mein Eindruck – sie haben sich selbst zu wenig informiert. Ganz sicher braucht dieses Europa so, wie wir es wollen, mehr Zeit, um sich zu entwickeln. jedenfalls ist das der Wunsch der Bürger. Er bleibt es auch dann, wenn die Bürokraten anders planen und denken.

? Durch die Einführung des ECU wird Osteuropa ausgegrenzt. Wäre eine europäische Freihandelszone geeigneter für ein Europa der Regionen, das auch die bayerische Staatsregierung verfolgt?

Die Maastrichter Verträge beschreiben die Unumkehrbarkeitsklausel für die Qualität der künftigen Währung; sonst nichts. Europäisches Geld, das der D-Mark in seiner Qualität in nichts nachsteht, muß auch auf politischer Stabilität fußen. Im Bereich der sogenannten „Politischen Union“ hat Maastricht aber lediglich Zielvorgaben vorgegeben. Inhaltliche Beschlüsse sind dazu nicht gefaßt worden. Im Gegenteil: Die Regierungschefs haben einvernehmlich weiteren Handlungsbedarf signalisiert.

Was aber noch wichtiger ist: Der Integrationscharakter der Verträge von Maastricht ist deshalb nicht anachronistisch, weil dort erstmals die Beteiligung der kleineren Einheiten neben den Nationalstaaten, die ja selbst zum Teil Ministstaaten sind, vorgesehen wird. Das bedeutet, daß ein bürgernahes Korrektiv eingeführt ist und konstruktiv wirksam werden kann. Genau an diesem Punkt wird besonders deutlich, daß sich die Kritik dieser Tage nicht auf Maastricht, sondern auf die Verhältnisse von heute bezieht, die sich aus der Einheitlichen Europäischen Akte entwickelt haben. Wer den Esel meint, darf nicht den Sack schlagen.

? Wäre es nicht sinnvoll gewesen, nach dem Zusammenbruch des Kommunismus ein EG-Moratorium zu verabschieden und zu fragen, ist das noch der richtige Weg, wenn wir das große Europa wollen?

Natürlich wäre das eine Alternative gewesen. Wir müssen uns etwas einfallen lassen, das den Schwächeren erlaubt mit-

zukommen und die Stärkeren in ihrer sozialen Verpflichtung fordert, sie aber gleichzeitig Erfolgsergebnisse haben läßt. Ein solches Modell entsteht mit dem Europäischen Wirtschaftsraum (EWR).

Dieses Europa steht und fällt mit seiner Integrationsbereitschaft. Persönlich gehe ich fest davon aus, daß die Währungsunion, so wie sie jetzt geplant ist, 1997 oder 1999 nicht kommt. Der Abschluß der „Politischen Union“ wird uns Schwierigkeiten machen, zu Zeitverzögerungen führen. Der Maastricht-Vertrag wird nicht der letzte zur Erreichung einer Politischen Union sein. Nach meiner Überzeugung haben wir das Jahr 2000 längst überschritten, bevor wir die einheitliche Währung einführen. All diese Unwägbarkeiten dürfen uns aber nicht daran hindern, Zielvorgaben festzulegen.

? Die Politiker beschwören in ihren Sonntagsreden das christliche Europa, doch ist ihnen bewußt, welche Unterschiede zum Beispiel die Orthodoxie vom römischen Katholizismus trennen? Die Frontlinien im Jugoslawienkonflikt laufen entlang dieser religiösen Scheidelinie. Wie kann die kulturelle Kluft überwunden werden? Und was hat die Türkei in Europa verloren?

Wenn man Ihre Frage nicht einfach nachdenklich stehen lassen will, dann gibt es nur eine Antwort: Vor solchem Hintergrund brauchen wir einen europäischen Verfassungsentwurf, der uns die Grenzen zieht. Grenzen, die Anforderungen an Mitglieder der Europäischen Gemeinschaft festschreiben, über deren Einhaltung dann jeder Antragsteller von außen selbst befinden kann. Jeder Staat im europäischen Umfeld muß die Möglichkeit haben, sich mit diesem Kontinent und seiner Zielsetzung zu identifizieren. Derzeit ist es eher so, daß von allen verlangt wird, auf Identität zu verzichten, damit dieses Europa entsteht. So wird Europa nie, was wir uns darunter vorstellen. Umgekehrt muß es sein. Wir müssen uns verpflichten, etwas gemeinsam zu tun. Wenn sich die Völker, die zu uns stoßen wollen, mit der Idee Europa anfreunden, dann sind sie uns hoch willkommen. Wollen sie es nicht, treffen sie selbst die Entscheidung, draußen zu bleiben. Die amerikanische Föderation kennt diese Grenzziehung. Europa braucht sie auch. Das wird um so wichtiger, als zu hören ist, daß Marokko oder Ägypten bereits über einen Aufnahmeantrag nachdenken. Für viele ist in diesem Falle noch viel weniger als bei der Türkei nachvollziehbar, daß Europa erst dort enden soll. Immerhin gehört die Türkei seit 40 Jahren zur Nato, hat sich dort als zuverlässiger Partner bewährt. Mindestanforderung an eine europäische Staatengemeinschaft bleibt die KSZE-Charta für ein neues

? Spielen nicht auch die angesprochenen religiösen Unterschiede eine Rolle?

Natürlich kennt die orthodoxe Kirche andere Glaubensformen. In dem, was für das staatliche Zusammenleben wichtig ist, kann ich aber nur wenige Unterschiede zum römischen Katholizismus finden. Die Schwierigkeiten bestehen eher dort, wo Muslime ihre Religion mit einem Absolutheitsanspruch versehen, den wir, tolerant wie wir geworden sind oder sein wollen, nicht akzeptieren.

Auch im Islam wiederholt sich vieles aus dem christlichen Glaubensansatz; dennoch: ohne Toleranz und soziale Inpflichtnahme können wir eine solche Gemeinschaft nicht die EG einbeziehen. Das gilt

um so mehr, wenn die mit der Religion verbundenen gesellschaftlichen Regeln die aristotelischen Grundsätze mißachten. Einige Staaten in Europa sind auf dem Weg, diesen Ansatz zu verlassen. Die Diskussion um die Fristenlösung darf hier nicht unerwähnt bleiben.

? Kann der religiöse Auftrag der Kirchen das Zusammenwachsen Europas zu einer Einheit in Vielheit fördern?

Da ist so viel widersprüchlich, wie sonst in der Gesellschaft auch. Ich denke zum Beispiel daran, daß das alles verbindende Latein, das die Vielfalt Europas in den zurückliegenden Jahrhunderten befördert hat, jetzt abgeschafft ist. Ich denke aber auch an die kirchliche Enge, die gelegentlich zu spüren ist, beispielsweise dort, wo es um die Bevölkerungsdichte, eine (zu) eng werdende Welt geht. In diesem und anderen Punkten hat die Kirche vorgebracht, wie Europa nicht werden darf. Vorschriften müssen dem jeweiligen Entwicklungsstand der Gesellschaft Rechnung tragen. Technik, Forschung und Entwicklung zwingen auch zur Dynamik in den Grundregeln unseres Zusammenlebens. Auch

? Müssen die Kirchen nicht stärker in Brüssel beteiligt werden, etwa in der geplanten Regionalkammer?

Die Kirchen haben im Regionalausschuß nichts verloren, genauso wenig wie die Gewerkschaften. Die Regionalkammer ist kein Institut für Interessen- oder Glaubensverbände. Wenn der christliche Ansatz ein europäischer ist, dann gehört er – für das europäische Konzept – dorthin, wo die Diskussion über die gemeinsamen Grundlagen stattfindet. Eine Beteiligung der Kirchen an der europäischen Verfassungsdebatte scheint mir unverzichtbar.

? Hat sich das Subsidiaritätsprinzip als Sprengsatz für den EG-Zentralismus erwiesen?

Der Gedanke der Subsidiarität formuliert den sozialstaatlichen Ansatz wie kein anderer, weil er Rechte und Pflichten gleichgestellt vergibt. Die Kirchen sind es, die diesen Ansatz in die Diskussion einbringen. Wenn es gelingt, ihn in die Tat umzusetzen, dann gelingt uns das „Europa der Vielfalt in Einheit“. Noch stehen wir am Anfang der Debatte. Und: Es geht nicht um Sprengkräfte in Europa! Die Subsidiarität ist – richtig verstanden – der Baukasten für Europa, der jeden Bürger am Aufbau teilhaben läßt.

Mit Thomas Goppel sprach Ludwig Watzal.